

# Die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit in der Raumordnung

Teilbericht zum Arbeitspaket 2.2.

*„Rolle der EU-Regionalpolitik für die Raumordnung“*

## **Forschungsprogramm**

Modellvorhaben der Raumordnung (MORO)

## **Projektlaufzeit**

5. November 2016 bis 30. November 2018

## **Referenznummer**

10.05.06.-16.1

## **Im Auftrag des:**

Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (BBSR  
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

## **Auftragnehmer:**

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.  
INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner  
Prof. Dr. Stefanie Dühr

## **Erstellt von:**

Jonas Scholze, Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

September 2018

## Inhaltsverzeichnis

1. Ziel der Untersuchung und Methodik.....	3
2. Statistische Analysen zur Rolle der Kohäsionspolitik in den EU-Mitgliedstaaten.....	4
3. Die technische Verankerung territorialer Instrumente in der Strukturpolitik.....	9
4. Umsetzung in der Praxis.....	13
4.1. <i>Niederlande / Flandern (Belgien)</i> .....	13
4.2. <i>Frankreich</i> .....	14
4.3. <i>Österreich</i> .....	15
4.4. <i>Italien</i> .....	17
4.5. <i>Bulgarien</i> .....	18
4.6. <i>Rumänien</i> .....	20
4.7. <i>Tschechien / Polen – Zentrale Entscheidung „verpflichtender“ ITI</i> .....	22
5. Fazit und Schlussfolgerungen .....	24
6. Literaturverzeichnis.....	27

## 1. Ziel der Untersuchung und Methodik

Die Diskussion zu einer effektiveren Verzahnung von Raumordnung und EU-Regionalförderung wird bereits seit vielen Jahren geführt. Eine große Herausforderung besteht in der Kombination verschiedener Denkansätze zwischen koordinierender integrierter und ortsbezogener Strategieförderung sowie einer sektoralen, meist auf regionale Wirtschaftsförderung ausgerichteter Einzelprojektförderung. Dennoch hat sich in den vergangenen zwei EU-Förderperioden ein Paradigmenwechsel vollzogen, der es vielmehr erlaubt, beide Ansätze in einem strategischen Ansatz zu kombinieren und mit Hilfe der EU-Regionalfonds zu unterstützen, sodass die territoriale Dimension einen wesentlich stärkeren Raum in den Strukturfonds eingenommen hat.

Der vorliegende Teilbericht knüpft an die Auswertung zur nationalen Koordinierung der Raumordnung und den raumordnerischen Leitbildern an. Anhand einer zunächst einfacheren statistischen Analyse über der EU-Regionalpolitik in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten sowie eine tiefere Analyse der Koordinierung der EU-Regionalpolitik und deren Verknüpfung mit der Raumordnung wurde herausgearbeitet, welche unterstützende Rolle die EU-Regionalpolitik für die Umsetzung raumordnerischer Zielstellungen der TAEU bietet. Die Untersuchung orientierte sich dabei auf folgenden Kernfragen:

- Welche Rolle spielt die EU-Regionalpolitik in den Mitgliedstaaten?
- Erfolgt eine Koordinierung zwischen Raumordnung und Kohäsionspolitik? Welche Rolle spielen dabei die Zielstellungen der Territorialen Agenda 2020?
- Wie beeinflusst die Kohäsionspolitik Arbeitsprozesse?
- Welchen Einfluss hat die Kohäsionspolitik auf die Raumordnung und inwiefern basieren die Fördermechanismen und Förderziele auf Grundlage raumordnerischer Leitbilder?
- Welche Themenstellungen und raumwirksamen Förderansätze (ortsbezogen) wurden in der laufenden Förderperiode aufgegriffen?

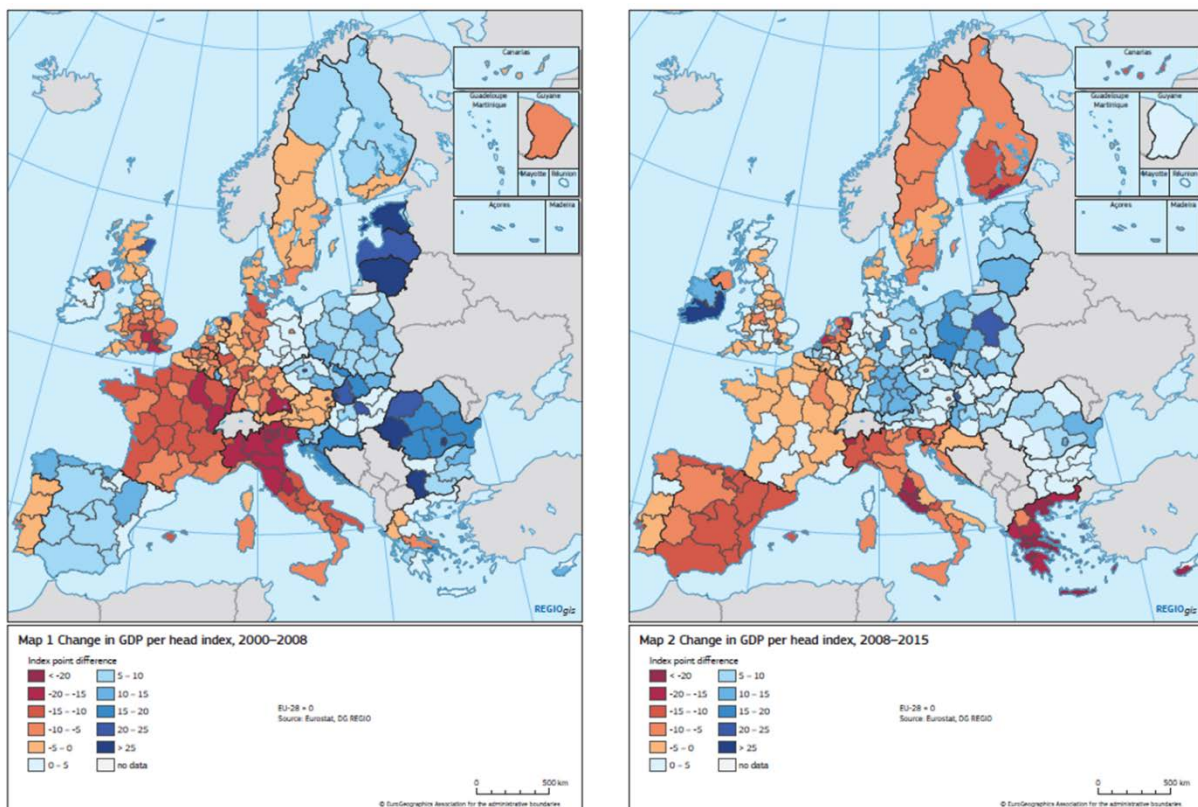
Im Rahmen der Untersuchung wurde methodisch auf die Auswertung von Sekundärliteratur, Studien als auch die Operationellen Programme und Partnerschaftsvereinbarungen zurückgegriffen sowie gezielte Telefoninterviews mit den Programmverantwortlichen und für Raumordnung und Regionalpolitik zuständigen Ministerien geführt. Für die statistische Auswertung dienten insbesondere Berichte und Studien der EU-Kommission wie der 7. Kohäsionsbericht, Zwischenergebnisse des ESPON Projektes COMPASS sowie die Open Data Plattform der EU-Kommission.

Eine Tiefenanalyse aller EU-Mitgliedstaaten war im Rahmen der Untersuchung nicht möglich und auch nicht zielführend. Daher wurden anhand einer repräsentativen Auswahl von Praxisbeispielen aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Bulgarien, Rumänien, Italien, Tschechien und den Niederlanden untersucht, inwiefern sich in der laufenden EU-Förderperiode aktuelle Anknüpfungspunkte in der Koordinierung zwischen EU-Strukturpolitik und der Raumordnung ergeben haben.

## 2. Statistische Analysen zur Rolle der Kohäsionspolitik in den EU-Mitgliedstaaten

Die EU-Strukturfonds bieten ein signifikantes Förder-, Stabilitäts- und Steuerungsinstrument der Regionalentwicklung auf allen administrativen Ebenen im Europäischen Binnenmarkt. Neben der Agrarpolitik gehören sie mit einem derzeitigen Gesamtvolumen von rund 380 Mrd. € zu einem der größten Haushaltsposten in der Förderperiode 2014- 2020. Die Rolle der EU-Regionalpolitik ist zwar für jeden Mitgliedstaat evident, deren Bedeutung im soziökonomischen Gefüge weicht jedoch innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten stark voneinander ab. So führte die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 insbesondere in den südeuropäischen Staaten zu einem Einbruch der wirtschaftlichen Kennzahlen und zu einer Verschlechterung deren Haushaltsalden. Länder wie Portugal, Italien, Spanien und Griechenland, aber auch Schweden und Finnland, haben im Vergleichszeitraum 2000 – 2006 und 2008 – 2015 erheblich Einbußen in der Entwicklung ihres Bruttoinlandsproduktes auszuweisen. Die staatlichen Ausgabenleistungen der am stärksten vom Konjunkturunbruch betroffenen Länder mussten sich vermehrt auf die Sozialleistungen verlagern. Öffentliche Investitionen in Wirtschaft und Infrastruktur wurden zurückgefahren. An deren Stelle musste die EU-Regionalförderung treten. In der Förderperiode 2007 – 2013 konnte das Bruttoinlandsprodukt der EU - 13 Mitgliedstaaten dennoch wieder um insgesamt 3 % gesteigert werden. Für die laufende EU-Förderperiode werden ähnliche Prognosen vorausgesagt.

Abb.1: Vergleich der Entwicklung des BIP/pro Kopf 2000 – 2006 und 2008 – 2015, Quelle: GD REGIO



Somit nahm für viele Länder die EU-Kohäsionspolitik in den vergangenen 10 Jahren einen wesentlichen Stabilitätsanker für nationale Investitionspolitiken ein. Der Anteil der EU-Kohäsionspolitik an den öffentlichen Investitionen beträgt im europaweiten Durchschnitt rund 8,5%. Für die EU-13 Staaten liegt dieser Anteil zwischen 40% bis 80 %, für die meisten West- und Nordeuropäischen Länder hingegen bei unter 5%. Lediglich in Portugal beträgt der Anteil der EU-Strukturfonds an den öffentlichen Ausgaben aufgrund der langfristigen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise derzeit noch über 80%.

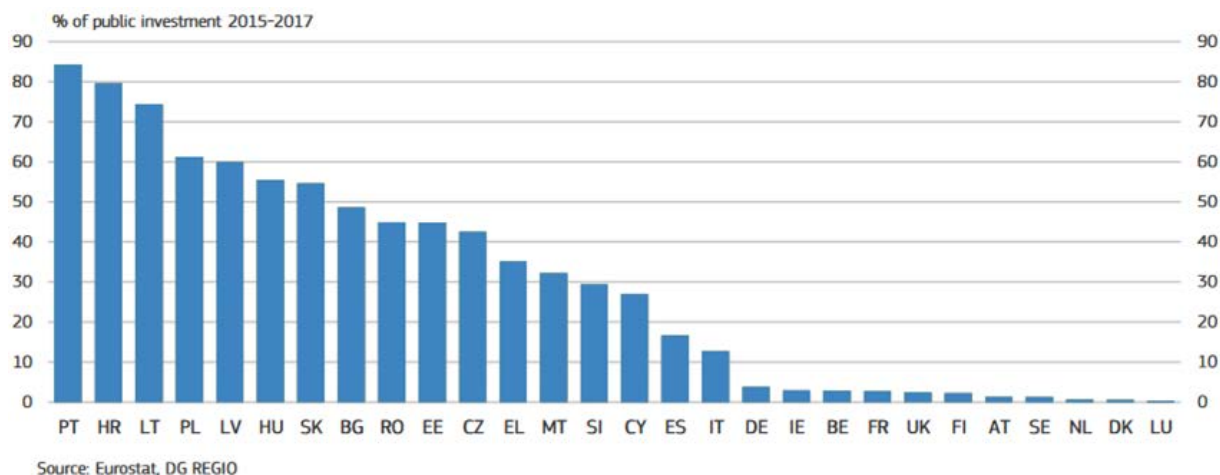


Abb.2: Anteil der Strukturfonds (EFRE, ESF, KF) an den öffentlichen Ausgaben der EU-Mitgliedstaaten<sup>1</sup>.

Aus dem im Oktober 2017 veröffentlichten 7. Kohäsionsbericht der EU-Kommission geht deutlich hervor, dass die EU-Regionalpolitik einen signifikanten Beitrag leisten konnte, um die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise verursachten negativen Entwicklungen der wirtschaftlichen Kennzahlen in den einzelnen Mitgliedstaaten wieder zu verringern.

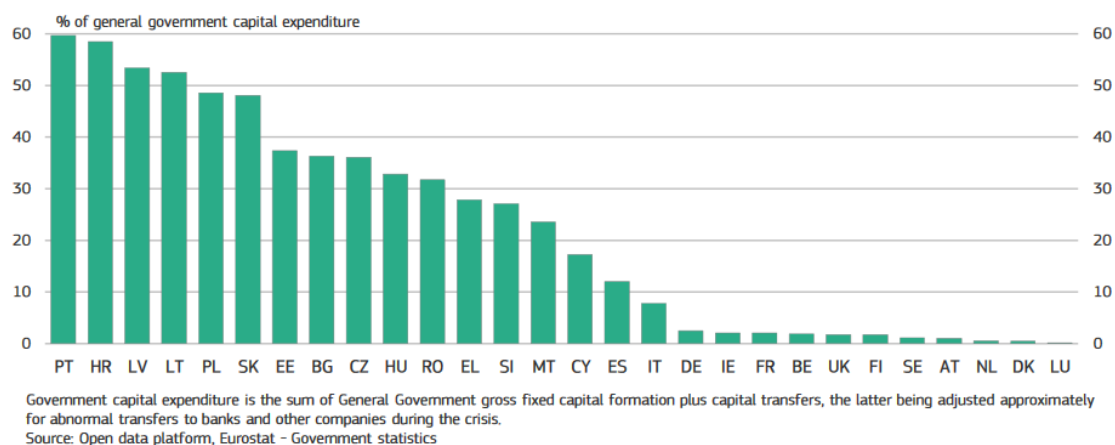


Abb. 3: Anteil EFRE und KF Zuweisungen an den Ausgaben der Regierungen 2015 - 2017<sup>2</sup>.

Eine positive Korrelation ergibt sich erwartungsgemäß zwischen des ESI-Budgets am gesamten BIP des jeweiligen EU-Mitgliedstaates und der Bevölkerungszahl. Obwohl Deutschland und Frankreich im

<sup>1</sup> [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion77cr.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion77cr.pdf), pp. 175

<sup>2</sup> [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion77cr.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion77cr.pdf).

Verhältnis zu den größten Empfängerländer des EU-Strukturfonds gehören (Vgl. Abb.5), ist deren Anteil sowohl am öffentlichen Haushalt als auch am nationalen BIP fast zu vernachlässigen (Vgl. Abb.4) So

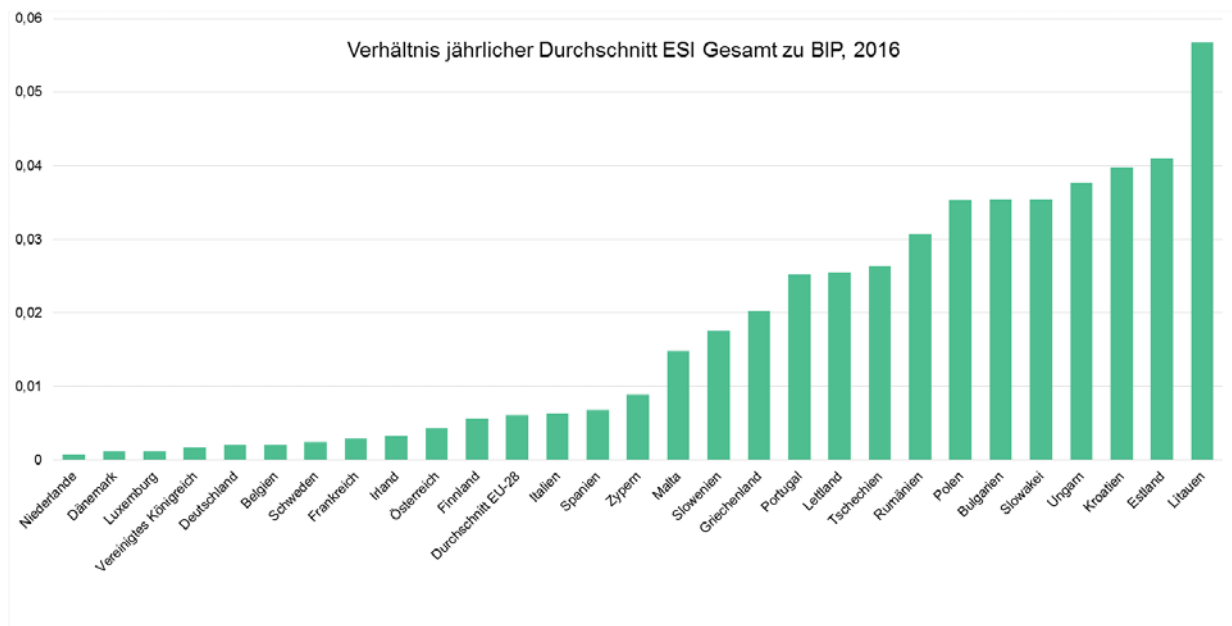


Abb.4: Quelle: eigene Berechnungen<sup>3</sup>

hat die strategische Steuerungsfunktion mit Hilfe der EU-Strukturfonds in den osteuropäischen Mitgliedsländern sowie in den südeuropäischen Staaten wie Malta und Zypern eine wesentlich höhere Durchschlagskraft.

<sup>3</sup> Basierend u.a. auf Daten der Europäischen Kommission, <https://cohesiondata.ec.europa.eu>

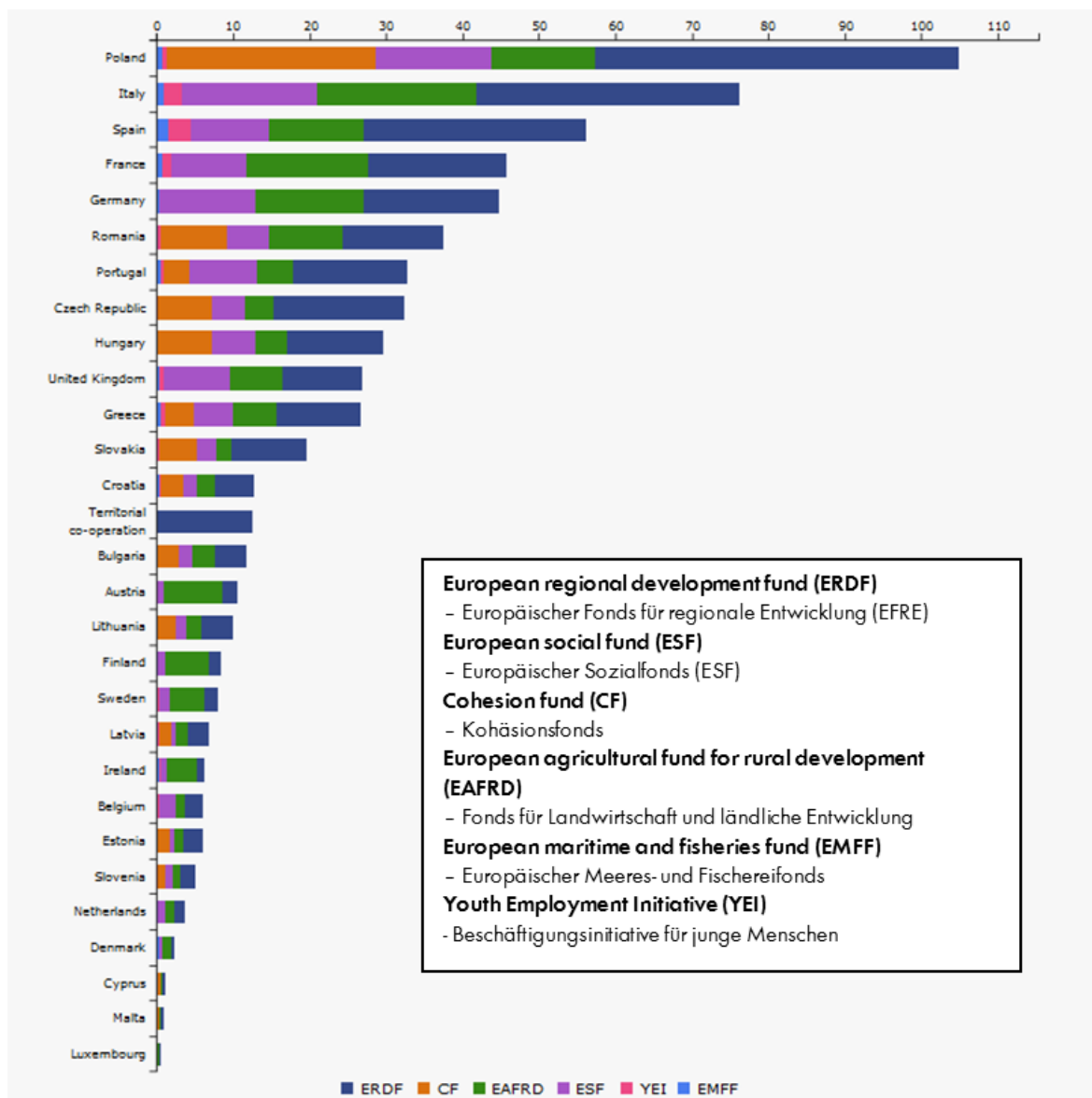


Abb.5: Gesamtbudget der ESI-Fonds pro Mitgliedstaat in Mrd. € 2014 – 2020 (Stand April 2018), <https://cohesiondata.ec.europa.eu/overview#>

Der 7. Kohäsionsbericht konstatiert zwar eine positive Auswirkung auf das gesamte Bruttoinlandsprodukt der EU-Mitgliedstaaten und eine weitere Verringerung zwischen den einzelnen Ländern, sieht aber ein weiteres Auseinanderdriften zwischen den wirtschaftlichen Wachstumszentren und strukturschwachen Gebieten als gegeben an. Daraus leitet sich ein erhebliches Ungleichgewicht für die regionale Chancengleichheit der dort lebenden Menschen ab. Produktivität, Beschäftigung und Innovationskraft ist weiterhin in den Regionen der EU am höchsten, deren BIP über dem EU-Durchschnitt liegt und in ist in denjenigen Regionen am niedrigsten, die ein BIP unterhalb des EU-Durchschnitts aufweisen. Als besorgniserregend gelten auch eine Reihe an Regionen, die aufgrund ihrer soziökonomischen Kennzahlen kaum Wettbewerbsvorteile generieren können und weiterhin stagnieren („middle-income trap“).

Unterschiede zwischen Stadt- und Land bestehen nicht notwendigerweise. Innerhalb der Regionen ist ein polyzentrisches Muster zwischen Metropol-/ Hauptstadtregionen und insbesondere Kleinstädten zu erkennen (Ausnahmen bieten weite Teile Deutschlands, Italiens und den Niederlanden). Positive spillover Effekte, von denen die umliegenden Regionen von Wachstumszentren profitieren, finden sich vorrangig in Nordwesteuropa. Die größten Unterschiede zwischen Wachstumszentren und der Peripherie finden sich in den Süd- und Osteuropäischen Staaten (vgl. Abb. 5.).

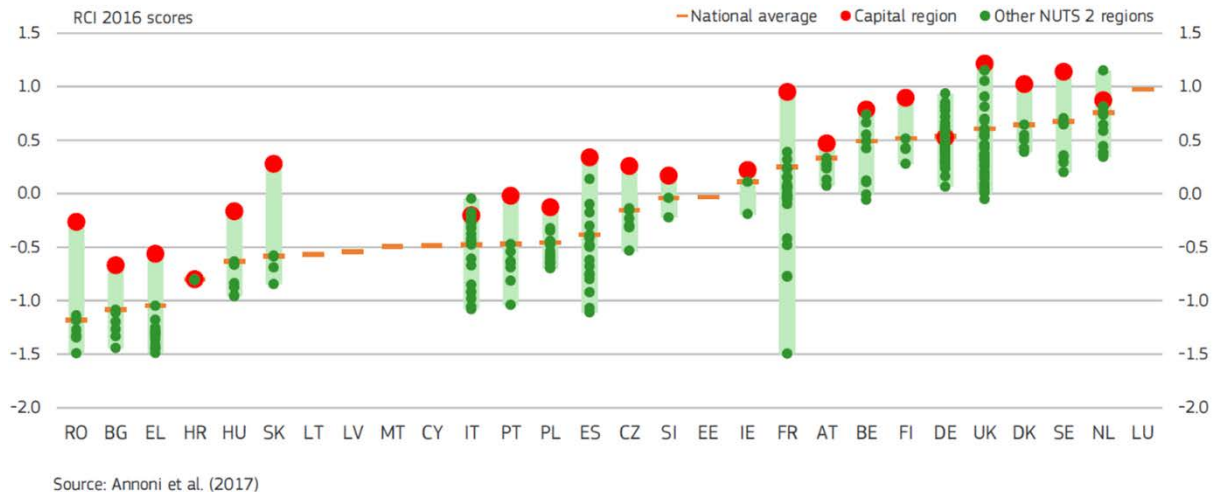


Abb. 6: Regionaler Wettbewerbsindex (neben wirtschaftlichen Kennzahlen berücksichtigt der Index erstmals Indikatoren wie Lebenszufriedenheit und Chancengleichheit der Menschen wieder. Quelle: GD REGIO, 7. Kohäsionsbericht)<sup>4</sup>.

Damit ist der Bedarf innerhalb der Kohäsionspolitik evident, territoriale und gezielte ortsbezogene sowie bottom-up erarbeitete Ausgleichsstrategien zu unterstützen, die eine positive Entwicklung in den strukturschwachen Regionen ermöglichen, um auch weiterhin deren Anschluss an die Wachstumszentren und eine Chancengleichheit der dort lebenden Bevölkerung zu gewährleisten. Hinzukommt, dass im Zuge der globalen Wirtschaftskreisläufe und Migrationsbewegungen die ohnehin schon wirtschaftsstarken Regionen von den positiven Auswirkungen der Globalisierung profitieren und der polarisierende Effekt positiver und negativer Entwicklungspfade damit noch verstärkt werden kann.

<sup>4</sup> Europäische Kommission (2017), Meine Region, mein Europa, unsere Zukunft – Siebter Kohäsionsbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt.



### 3. Die technische Verankerung territorialer Instrumente in der Strukturpolitik

Die Verankerung territorialer Ansätze in der EU-Strukturpolitik ist nicht nur durch die rechtlichen Rahmenbedingungen, welche durch die Verordnungen vorgegeben werden gelöst. Es hängt auch ein Stück weit von der Auffassung und der Kooperation unterschiedlicher Akteure auf regionaler und nationaler Ebene in den für die Umsetzung zuständigen Behörden ab, inwiefern diese letztlich im eigenen nationalen bzw. regionalen Kontext zur Anwendung kommen. Nicht zu vernachlässigen ist die jeweilige politische Rückendeckung durch personenbezogene Einzelentscheidungen und den jeweiligen administrativen Strukturen des Mitgliedstaates.

Die Förderung integrierter gebietsbezogener Maßnahmen mit Hilfe des EFRE und des ESF ist bereits seit der Gemeinschaftsinitiative URBAN (1994 – 2000 und 200 – 2006) möglich, beschränkte sich aber fast ausschließlich auf die Förderung integrierter Stadtentwicklungsansätze für benachteiligte Stadtteile. Im ländlichen Raum ist dies über den ELER abgedeckt. Jedoch verliefen beide Förderansätze weitestgehend parallel. Mit der Förderperiode 2007 – 2013 wurden diese Ansätze von einigen Kommunen (z.B. URBAN+ in Graz) pilothaft auf Stadt-Umland Gebiete erweitert – bildeten aber eher eine Ausnahme<sup>5</sup>.

Erst mit der Förderperiode 2014 – 2020 boten die Fondsverordnungen über den Artikel 7 der EFRE VO<sup>6</sup> sowie die darin verankerten Ansätze zur Förderung von „großflächigen“ Entwicklungsstrategien entsprechende Rechtsinstrumente, die eine überörtliche und gebietsbezogene Förderung und eine wesentliche breitere Anwendung in vielen Mitgliedstaaten ermöglichten.

Einen wesentlichen Beitrag bot dabei die Diskussion über den Bericht von Fabrizio Barca, der in seinem 2009 erschienenen Bericht<sup>7</sup> anhand des ortsbezogenen bzw. territorialen Förderansatzes ein neues Kernstück der EU-Regionalpolitik erläutert. Darin plädierte er für die Vorteile eines stärkeren territorialen ortsbezogenen bottom-up Ansatz in der Strategieerstellung von Fördervorhaben, um somit abwendbare Ineffizienzen in der regionalen Förderung abzubauen, die durch zu strikte Top-Down Vorgaben entstehen können und um folglich nicht am eigentlichen Bedarf „vorbeizufördern“<sup>8</sup>.

Gleichzeitig erfolgte in der Förderperiode 2014-2020 aber auch eine wesentlich striktere thematische Konzentration auf die Ziele der EU2020 Strategien (intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum), die sich, zusammen mit hohen administrative Anforderungen letztlich für eine Umsetzung gebietsbezogener Maßnahmen als hinderlich erwiesen. Diese Dichotomie versuchte die EU-Kommission durch die Einführung neuer territorialer Förderinstrumente Instrumente aufzulösen.

Derzeit gibt es folgende Möglichkeiten für integrierte Maßnahmen:

- a) **Sektorförderung:** Förderung sektoraler Einzelthemen (z.B. KMU-Förderung), die zwar in keiner integrierten Strategie mit anderen Sektorthemen gebündelt werden aber beispielsweise in einem Stadt-Umland Ansatz implementiert werden können.

---

<sup>5</sup> Vgl., Scholze, Kawka, Huttenloher, European Commission, 2013; Scholze, Jonas City Regions Policy Paper.

<sup>6</sup> Regulation (EU) No 1299/2013, Article

<sup>7</sup> Barca, Fabrizio, An Agenda for a reformed Cohesion Policy – A place-based approach to meeting European Union challenges and expectations, April 2009.

<sup>8</sup> Zaucha/ Swiatek (2013), Place based territorial sensitive and integrated approaches, Warschau 2013.

- b) Projekte unter Artikel 7 der EFRE-Verordnung<sup>9</sup>: Mithilfe einer Mischachse (Prioritätsachse im Operationellen Programm, in der mind. zwei verschiedene Investitionsprioritäten miteinander verknüpft werden), können territoriale Entwicklungsstrategien umgesetzt, oder ein eigenes Operationelles Programm erstellt werden.
- c) Die Anwendung von ITI (Integrierte Territoriale Investitionen) oder CLLD (von der örtlichen Bevölkerung getragene lokale Entwicklung) als Top-Down oder Bottom-up Ansatz, in dem für ein bestimmtes definiertes Gebiet eine integrierte Entwicklungsstrategie erstellt wird, in der verschiedene Fonds miteinander kombiniert werden können.<sup>10</sup>
- d) Projekte im Rahmen der „Innovativen Maßnahmen“.<sup>11</sup>

Im Zuge der Erstellung der Operationellen Programme ergeben sich für manche Regionen aber auch territoriale Ansätze, die keinem der vier Kategorien entsprechen. So werden beispielsweise in Bayern und Brandenburg integrierte, stadtreionale Gebiete gefördert, die zwar inhaltlich territoriale Strategien umsetzen, aber nicht den strengen formalen Vorgaben des Art. 7 entsprechen.

Die Anwendung von Instrumenten wie ITI und CLLD erfolgt in den EU-Mitgliedstaaten bislang sehr heterogen (vgl. Abb. 7 und Abb. 8). Sie unterscheiden sich nicht nur in ihrer Zahl, sondern auch in der Art der administrativen Umsetzung (z.B. Förderung aus einem Fonds oder als Multifondsprogramm) und dem geographischen Umgriff. Rumänien beispielsweise entschied sich für die Umsetzung eines äußerst großflächig angelegten ITI für das gesamte Donaudelta. Großbritannien hingegen verfügt zum Zeitpunkt der Untersuchung über rund 40 unterschiedliche ITI Strategien, während in Österreich keine ITI zur Anwendung kommen. Die Förderung nachhaltiger städtischer und territorialer Strategien ist in Artikel 7 der EFRE-Verordnung kodifiziert. Etwa 114 Operationelle Programme fördern Projekte nach Maßgabe des Artikels 7 (etwa 1/3 der Gesamtzahl). Davon nutzen 18 Mitgliedstaaten nationale und regionale Operationelle Programme mit einer ausschließliche territorialen Dimension, während sich in 10 Mitgliedstaaten die territoriale Dimension über mehrere, teils regionale Operationelle Programme in Form von städtischen oder territorialen Prioritätsachsen zieht, aus denen dann räumliche Strategien abgeleitet werden die auch die Zielstellungen der Territorialen Agenda der EU widerspiegeln.

Der Hintergrund für die unterschiedliche Anwendung leitet sich zum einen aus einer unterschiedlichen Planungskultur ab. Eine besondere Dynamik in der Anwendung räumlicher Instrumente konnte in den Staaten Mittel- und Osteuropas wie Polen, Tschechien und der Slowakei beobachtet werden, da diese durch ihre weitaus zentralstaatlicher organisierter Kompetenzen in der Festlegung von Förderstrategien die Anwendung der Instrumente durch die Bestimmungen nationaler Ministerien und thematische Operationelle Programme auf nationaler Ebene anwenden können als in föderalen Verwaltungssystemen wie Deutschland, in der die Entscheidung zur Anwendung von ITI und CLLD allein den Bundesländern überlassen ist. Hinzu kommt eine unterschiedlich ausgeprägte Planungskultur. Integrierte Ansätze beispielsweise in der Städtebauförderung in Deutschland bereits seit vielen Jahren praktiziert werden, lassen auf eine umfangreicheren Erfahrungsschatz zurückgreifen, was die Umsetzung integrierter ortsbezogener Förderstrategien betrifft. Aus den Experteninterviews mit Mitarbeitern der nationalen Regionalentwicklung bzw. Raumordnung zuständigen Ministerien ging hervor, dass in Länder wie

<sup>9</sup> Verordnung (EU) N. 1299/2013, Artikel 7.

<sup>10</sup> Verordnung (EU) N. 1303/2013, Artikel 32 – 36.

<sup>11</sup> Verordnung (EU) Nr. 1299/2013, Artikel 8.

Frankreich oder den Niederlanden vor allem ein pragmatischer Ansatz verfolgt wurde, um mittels ITI und CLLD beispielsweise Flexibilitätsmechanismen zu nutzen, die eine Mittelverschiebung zwischen unterschiedlichen Fonds ermöglicht. Trotz der hohen und teils komplexen Anforderung an die Förderinstrumente nutzten die meisten Mitgliedstaaten der baltischen und osteuropäischen Mitgliedstaaten, in der Strategieerstellung räumlicher und integrierte und akteursübergreifende Förderansätze in die Fläche zu bringen - wie im folgenden Kapitel erläutert wird.

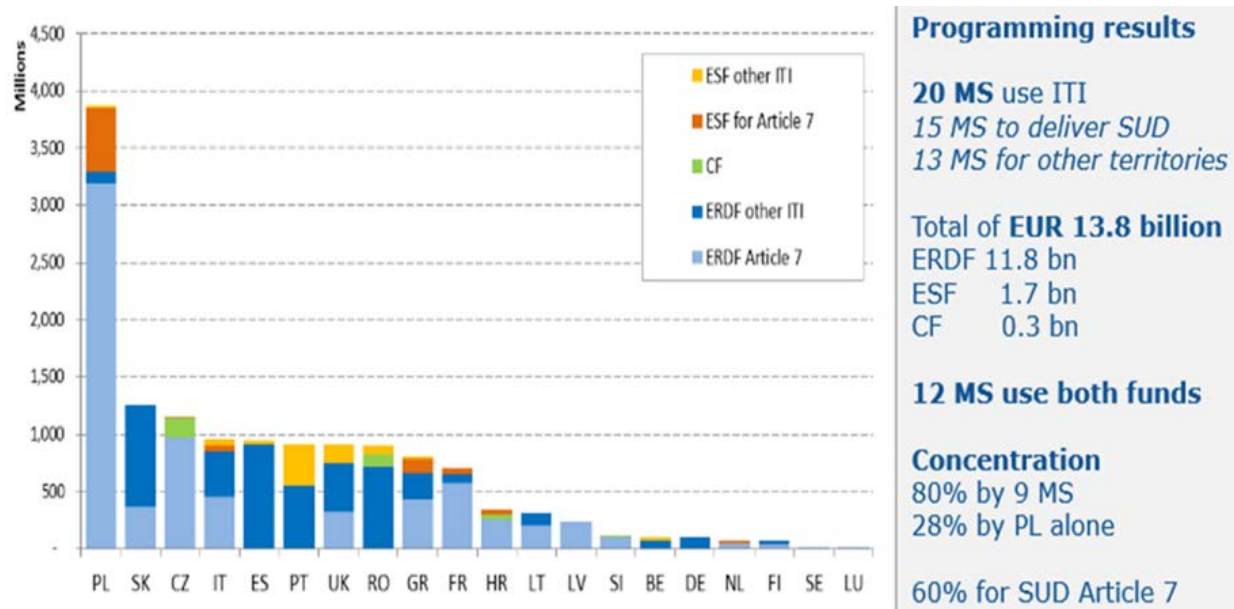


Abb. 7: Anwendung von ITI und Mischachsen nach Fonds und Mitgliedstaaten geordnet. © Europäische Kommission<sup>12</sup>

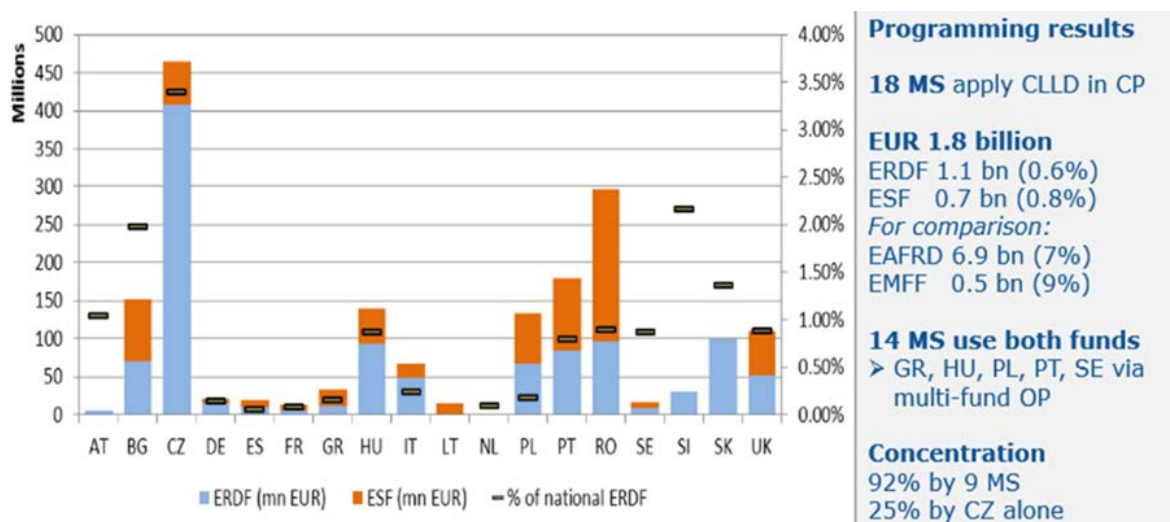


Abb. 8: Anwendung des Instrumentes CLLD nach Mitgliedstaaten<sup>13</sup>.

Einige Länder lehnten die Förderung von Strategien allerdings auch ab. Es gibt unterschiedliche Gründe für die Ablehnung der neu eingeführten Instrumente. Diese reichen von großen Unsicherheiten in der Komplexität ihrer Umsetzung bis hin zu administrativen Risiken wie der kompletten sub-delegation der

<sup>12</sup> Europäische Kommission (2017), Integrated territorial and urban strategies: how are ESIF adding value in 2014 – 2020?

<sup>13</sup> Ebd.

Programmverantwortung sowie des Verwaltungs- und Kontrollsystems auf die kommunale Ebene. Dies führte in Föderalen Verwaltungssystemen, wie sie beispielsweise in Deutschland bestehen zu einer großen Ablehnung.

Entsprechend der bisherigen Erfahrung mit integrierten Strategien leiten sich die weitere Unterschiede in der Erarbeitung und Erstellung der Strategien ab. Länder die bereits Erfahrungen mit der Umsetzung integrierter Strategien besitzen, nutzten bestehende Konzepte weitestgehend weiter, um diese entweder 1:1 oder in abgeänderter Form für die EU-Förderung zu nutzen, wohingegen 40 Prozent der territorialen Ansätze mit Beginn der neuen Förderperiode 2014 - 2020 komplett neu erarbeitet wurden (vgl. Abb.9).

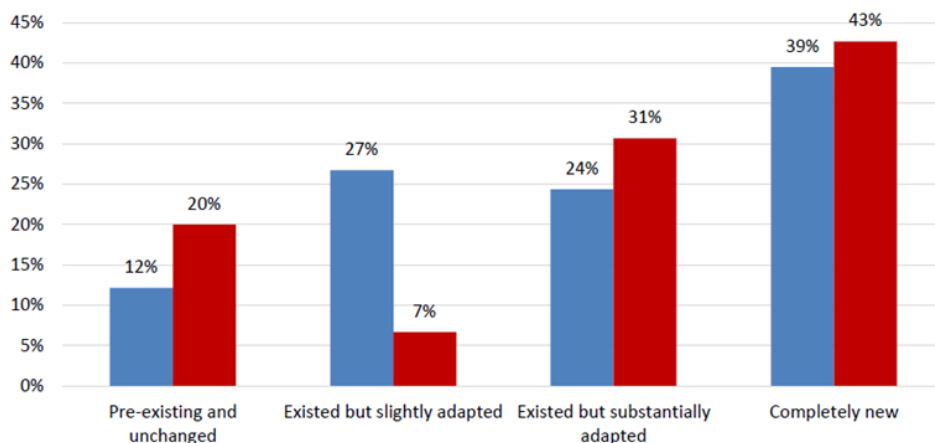


Abb.: 9: Vergleich bereits vorhandener Strategien und neuer Strategien<sup>14</sup>.

### Zwischenfazit:

Die rechtlichen Rahmenbedingungen, die mit Hilfe der EU-Verordnungen gegeben wurden bieten im Vergleich zur Förderperiode 2007 – 2013 eine erweitertes Instrumentenset, um mithilfe der EU-Regionalpolitik raumordnerische Ansätze umzusetzen. Folglich ist ein höhere Potential gegeben nicht nur finanzielle Anreize zu bieten, sondern auch entsprechende integrierten Governanceansätze zu etablieren, die den Ansprüchen der TAEU2020 gerecht werden. Mithilfe eines neuen Sets an Umsetzungsinstrumente können Förderstrategien erstellt und umgesetzt werden, die unterschiedliche Raumtypologien (Küstengebiete, Bergregionen) sowie ortsbezogene integrierte Entwicklungsansätze, die über eine reine räumlich eher kleinteilige Förderung von benachteiligten Stadtgebieten hinausgeht. Mit einer Mindestquotierung von 5% auf nationaler Ebene für Stadt bzw. Stadtrregionale Förderstrategien, bietet die EU-Strukturpolitik auch einen finanziellen Anreiz, um neue und innovative Entwicklungsansätze umzusetzen und zumindest wichtige Impulse für die Strategieerstellung zu bieten.

<sup>14</sup> Ebd.

## 4. Umsetzung in der Praxis

### 4.1. Niederlande / Flandern (Belgien)

Die Niederlande verfügen im europäischen Vergleich über ein sehr geringes Budget (rund 500 Mio. € für den gesamten EFRE). Analog zur nationalen Raumordnungsstrategie der Niederlande ist die Förderung zum größten Teil auf eine wirtschaftliche Innovations- und Wachstumsstrategie sowie im Bereich der Energieeffizienz ausgerichtet<sup>15</sup>.

Die Partnerschaftsvereinbarungen nehmen zudem keinen spezifischen Bezug zu den Zielstellungen der Territorialen Agenda 2020, auf landeseigene Planungsinstrumente oder die Raumplanung. Dennoch nehmen die Territorialen Ansätze im Bereich der integrierten Stadtentwicklung eine wichtigere Rolle ein, um mit dem vergleichsweise geringem Budget noch eine gewisse Hebelwirkung erzielen zu können. Die Niederlande kann insbesondere im Bereich der integrierten Stadtentwicklung auf einen großen Erfahrungsschatz zurückgreifen und wagte in der Vergangenheit immer wieder die Anwendung neuer, innovativer Ansätze aus dem zur Verfügung stehenden Instrumentenkasten der EU-Kommission, die bereits unter URBAN I und URBAN II als auch im Mainstreaming zwischen 2007 und 2013 erprobt wurden. Hinsichtlich des territorialen Ansatzes nutzten die Niederlande daher auch vier ITI für die vier größten Städte (Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Utrecht), die sich aber hauptsächlich auf Projekte innerhalb der benachteiligten Gebiete (Jugendarbeitslosigkeit, soziale Eingliederung, lokale Wirtschaftsförderung und Energiethemen) konzentrierten. Eine Stärkung territorialer Ansätze ist somit limitiert und bestehende Strukturen wurden eher im pragmatischen und im wirtschaftspolitischen Sinne auf die neuen Instrumente angewandt.

Ähnlich verhält es sich in Flandern (Belgien). Die Anwendung von ITI führte nicht automatisch zu einer Stärkung der Raumordnung. Die Erwartungshaltung des für Raumordnung zuständigen Ministeriums war zunächst, eigene politische Zielstellungen in die Kohäsionspolitik zu integrieren, zumal die drei errichteten ITI in Flandern (Westflandern, Limburg und Kerpen) vergleichsweise großflächig festgelegt wurden. Ziel war es, einen Prozess des „uploading“ (stärkere Integration der Raumordnung in die Kohäsionspolitik) und „downloading“ (Ableitung von Maßnahmen auf die Projektebene) zu implementieren. Ein zunächst positiver Koordinationsprozess zwischen dem formal für die Strukturpolitik zuständigen Finanzministerium und dem Raumordnungsministerium blieb aber hinter den Erwartungen zurück, sodass die ITI weitestgehend als strukturpolitisches Entwicklungsinstrument ohne räumliche Konnotation umgesetzt werden und nicht an die Zielstellungen der Raumordnung gekoppelt sind. Für die kommende Förderperiode soll die Raumordnung daher stärker von Beginn an in den Strategieprozess von ITI in Flandern eingebunden werden.<sup>16</sup>

---

<sup>15</sup> Partnerschaftsvereinbarung Niederlande 2014 – 2020, Version 7. August 2014.

<sup>16</sup> Information auf Basis eines Interviews vom 19. Januar 2018, mit einem Mitarbeiter des flämischen Raumordnungsministeriums.

### Verwaltungsstruktur der EU-Förderung in den ESI – Fonds in Frankreich

Frankreich ist mit 18 Mrd. € zwar eines der größten Empfängerländer der EU-Strukturfonds, setzt mit diesem aber im Verhältnis zur gesamten Wirtschaftskraft lediglich einige lokale und regionale Entwicklungsimpulse. Die Verwaltung erfolgt über 24 Operationelle Programme. Die regionale Entwicklung und die Verwaltung der Förderprogramme durch die EFRE-Verwaltungsbehörden ist formal auf der Ebene der französischen Regionen angesiedelt, die Zuständigkeiten für Raumordnung bzw. Raumentwicklung hingegen unterliegen einem anderen Ressortzuschnitt sowohl auf nationaler, als auch auf regionaler Ebene. Eine effektive und enge Koordination zwischen den Ressorts ist daher administrativ limitiert. Auf nationaler Ebene ist lediglich die Verwaltung des Programmes für technische Hilfe angesiedelt. Diese wird durch das CGET (Commissariat général à l'égalité des territoires) koordiniert.<sup>17</sup>

#### *Errichtung einer nationalen Agentur für den territorialen Zusammenhalt (ANCT)*

Unter Frankreichs Präsident Emmanuel Macron wurde am 17. Juli 2017 die Schaffung einer nationalen Agentur für den territorialen Zusammenhalt angekündigt, welche ab Sommer 2018 operabel sein soll. Ziel ist es, die administrative Segregation verschiedener Ebenen und Zuständigkeiten bezüglich der städtischen und territorialen Entwicklung zwischen nationaler und regionaler Ebene zusammenzuführen und eine direkte Kooperation zwischen nationalstaatlicher und regionaler Ebene zu ermöglichen. Im Fokus steht eine gezieltere Förderpolitik zugunsten von benachteiligten ländlichen Regionen, welche durch Klein- und Mittelstädte geprägt sind, sowie einer Stärkung der innerstädtischen Aufwertung. Zudem ist eine stärkere Koordination zwischen dem für Raumordnung zuständigen Ministerium (CGET – Commissariat général à l'égalité des territoires) sowie dem neu geschaffenen Ministerium für den Territorialen Zusammenhalt angestrebt. Das CGET fungiert gleichermaßen als Verwaltungsbehörde des Programmes für technische Hilfe, welches in Frankreich auf nationaler Ebene als eigenständiges Programm verwaltet wird<sup>18</sup>.

Trotz der geringen administrativen Ressortüberschneidungen werden die von der EU-Kommission vorgeschlagenen räumlichen Instrumente ITI in größerem Maße angewandt als in anderen EU-Mitgliedstaaten. Die Anwendung erfolgt hauptsächlich auf Gebietstypologien (Stadt-Umland, Berggebiete, Küstengebiete). Die Entscheidung dafür oblag den Regionen bzw. den EFRE-Verwaltungsbehörden. Für viele Regionen schien es, mithilfe dieser Instrumente die Fonds untereinander einfacher und flexibler koordinieren zu können als bei einer reinen Mischachse. Als räumliche Grundstruktur dienten vielerorts die bereits bestehenden Communauté d'Agglomération – die als interkommunale und intermediäre Verwaltungseinheiten die räumliche Grundlage darstellen und auf dessen Strukturen die Verwaltung der Fördermittel basiert<sup>19</sup>. Die meisten lokalen und regionalen Entwicklungsstrategien basieren auf SRADDET – den lokalen und regionalen Rahmenplänen für die nachhaltige Entwicklung.

---

<sup>17</sup> Informationen auf Basis eines Interviews mit einer Mitarbeiterin des CGET am 24. Mai 2018.

<sup>18</sup> Morvan Serge, France Territoires – Un engagement aux service des dynamiques territoriales, Juin 2018.

<sup>19</sup> Informationen auf Basis eines Interviews mit einer Mitarbeiterin des CGET am 24. Mai 2018.

### ***Praxisbeispiel: Agglomeration d'Aurillac: Integrierte räumliche Betrachtung von Stadt und Umland***

Ein Beispiel für einen innovativen territorialen Ansatz ist das Programmgebiet der „Communauté d'Agglomération“ von Aurillac. Dies umfasst 25 Gemeinden mit rund 55.000 Einwohnern etwa 150 km südwestlich von Clermont Ferrand. Die Strategieerstellung für erfolgte auf Basis des lokalen „Schéma de Cohérence Territoriale“ (SCoT) für die Region Pays d'Aurillac (Stadt und Umland) sowie des regionalen Rahmenplans für nachhaltige Entwicklung (SRADDET), sodass die Voraussetzungen eines integrierten Ansatzes zur Strategieerstellung gewährleistet werden konnten. Mit ca. 23,21 Mio. € EFRE Fördermittel werden Projekte unter den Prioritäten der CO<sub>2</sub>-Minderung, einer Verbesserung der städtischen Umwelt sowie einer „klassischen“ Stadtentwicklung auf Quartiersebene umgesetzt. Der Zielsetzung eines territorialen Ausgleichs war maßgeblich für die Ausarbeitung der Strategien und des Wettbewerbsverfahrens. Im Zuge des durchgeführten Wettbewerbsverfahrens wurden 50% der zur Verfügung stehenden Fördermittel insbesondere für Klein- und Mittelstädte in der Region reserviert. ITI oder CLLD wurden aufgrund einer befürchteten hohen Komplexität nicht angewandt sondern die Fördertatbestände mittels einer Mischachse im EFRE OP definiert. Dennoch wurde versucht, eine möglichst große Kohärenz zur ELER Förderung aus den LEADER Regionen herzustellen, sodass eine effektive Verbindung in der Förderung zwischen Stadt und Land zu ermöglichen.<sup>20</sup>

#### ***4.3. Österreich***

Österreich kann auf eine lange Tradition und Erfahrung in der städtischen und territorialen Dimension zurückblicken. Seit der Förderperiode 2014 – 2020 gibt es in Österreich in der Strukturpolitik nur noch ein Operationelles Programm für den EFRE, welches national durch die ÖROK als Verwaltungsbehörde von Wien aus koordiniert wird. Die Raumordnung und die Verwaltungsbehörde zur Abwicklung der EU-Strukturpolitik ist somit im gleichen Haus angesiedelt, deren operative Verzahnung jedoch nicht überschätzt werden darf. Die Abteilung für Raumordnung ist nur mit wenigen Personen besetzt, sodass eine Zuarbeit auf Bundesebene aus Kapazitätsgründen limitiert ist und keine formalisierte Zusammenarbeit besteht. Die thematische Ausrichtung des Strat.At (österreichische Partnerschaftsvereinbarung) ist ähnlich der administrativen Zuschnitte in der Raumordnung erstellt, d.h. die Leitziele erfolgen auf nationaler Ebene, die Kohäsionspolitik wird aber in jedem österreichischen Bundesland anders organisiert<sup>21</sup>. Das Strat.At. und das ÖREK (österreichisches Raumordnungskonzept) sind jedoch zwei unterschiedliche Produkte, die hierarchisch oder systematisch nicht miteinander in Verbindung stehen.<sup>22</sup>

<sup>20</sup> European Commission, Integrated territorial and urban strategies: how are ESIF adding value in 2014-2020? Annex 4.

<sup>21</sup> STRAT.AT 2020 Partnerschaftsvereinbarung Österreich 2014-2020, Version 3, Genehmigte Fassung vom 8. November 2017.

<sup>22</sup> Interview vom Januar 2018 mit einem Mitarbeiter des österreichischen Bundeskanzleramt.



Dennoch werden zwar raumordnerische Ansätze in den Partnerschaftsvereinbarungen aufgegriffen. Die Umsetzung erfolgt jedoch auf Landesebene eher punktuell. Erfolgreich verläuft die Umsetzung eines CLLD in Tirol (beabsichtigt war es, dies auch grenzüberschreitend durchzuführen), in dem die inhaltliche Ausrichtung eng mit der Landesentwicklung verknüpft wurde.

Einen weiteren interessanten Ansatz einer direkten Verknüpfung zwischen Raumordnung und EFRE-Förderung bietet die Stadt-Umland Förderung in Oberösterreich. In diesem Fall wurde ein Teil der EFRE Förderung des IWB EFRE zur Stärkung stadtreionaler Kooperationen genutzt. Die 2017 verabschiedeten räumlichen Ziele im oberösterreichischen Landesraumordnungsplan zum Erhalt einer ausgewogenen polyzentrischen Siedlungsstruktur wie „dezentrale Zentren“, „Stadt-Umland-Kooperationen“, „Kleinregionen“ und „Regionale Spezialisierung“, dienen der Erstellung des EFRE Förderung als programmatische Grundlage<sup>23</sup>. Folglich leitet sich die Förderung von raumordnerischen Gesichtspunkten um einen Impuls für stadtreionale Balance zu erstellen.

### ***Praxisbeispiel: Förderung von Stadt-Umland Strategien in Oberösterreich:***

Als räumliche Vorlage für die Ableitung des Förderprogramms diente das Landesraumordnungsprogramm des Jahres 2017, welches sich bereits seit 2013 in der Vorbereitung befand. Ziel dieser Maßnahme ist die Integration, Weiterentwicklung und inhaltliche Vertiefung von bereits bestehenden Strategien der einzelnen Gemeinden oder Regionen in eine integrierte Stadtregionsstrategie (Kernstadt und Stadt-Umlandgemeinden) unter Berücksichtigung der Ziele des österreichischen Landesraumordnungsprogrammes. Die Maßnahmen zielen dabei auf eine Optimierung der Standort- und Siedlungsstruktur, der ökologischen Aufwertung von Flächen zur Reduktion des Flächenverbrauchs sowie CO<sub>2</sub>-arme Mobilität ab.

Die verpflichtende Quotierung von 5% der EFRE Mittel für territoriale Ansätze der Stadtentwicklung unterstützt dieses Vorhaben. Eine Umsetzung aus reinen Landesmitteln wäre sonst schwierig geworden. Mit Hilfe der Regionalpolitik konnte in diesem Fall explizit auf lokale Arbeitsprozesse Einfluss genommen werden. Überzeugung musste jedoch insbesondere gegenüber der EU-Kommission geleistet werden, dass Förderung nicht nur für Metropolregionen, sondern auch in Gebieten wie Oberösterreich, die eher durch Klein- und Mittelstädte gekennzeichnet sind, relevant ist. Mit Hilfe eines Förderprogrammes (nicht über einen Wettbewerb!) konnte somit ein wichtiger Impuls gesetzt werden, um die Raumordnung in Oberösterreich zu stärken. Die Strategien waren teilweise bereits vorhanden. Derzeit werden mit einem Gesamtvolumen von 7,5 Mio. € etwa 15 Stadt-Umland Kooperationen gefördert. Die Programm- und Fondsverwaltenden Behörden planen diesen Ansatz auch nach 2021 fortzuführen.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Landesregierung Oberösterreich (2017), Verordnung Nr. 21, Landesraumordnungsprogramm für Oberösterreich.

<sup>24</sup> Interview mit einer Mitarbeiterin aus dem Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, Zuständig für die Landesraumplanung, vom 22. Juni 2018.



#### 4.4. Italien

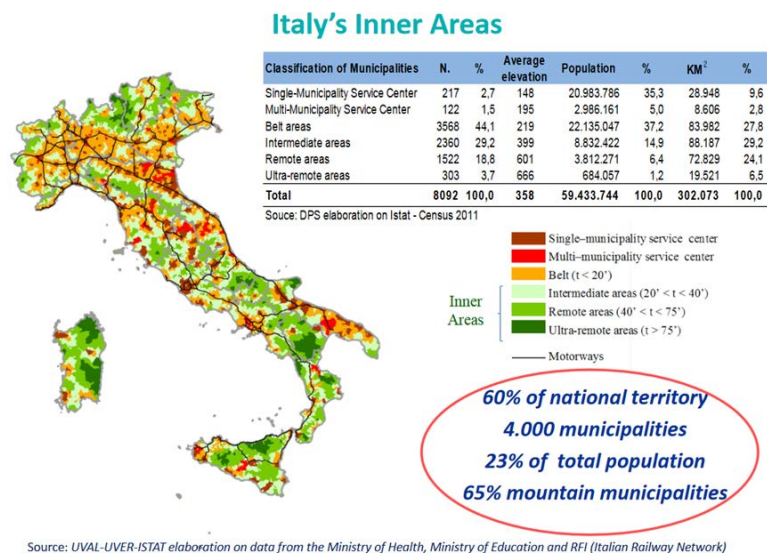
Italien verfolgt in der laufenden EU-Förderperiode zwei miteinander zusammenhängenden territorialen Entwicklungsstrategien, die wesentliche Punkte der Territorialen Agenda der EU aufgreifen, ohne Sie jedoch konkret zu benennen<sup>25</sup>. Zum einen entwickelte das Italienische Ministerium für den Territorialen Zusammenhalt in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Fachministerien 2012 eine nationale Strategie um speziell peripher gelegene Räume zwischen Wachstumszentren zu unterstützen. Zum anderen wurde gezielt ein Programm zur Stärkung der 14 italienischen Metropolregionen erarbeitet, die mit einem selbständigen Operationellen Programm versehen wurden. Beide Strategien, verfolgen das Ziel, den polyzentrischen Charakter des Landes zu stärken werden und den spezifischen räumlichen Gegebenheiten gerecht zu werden. Diese zwei (räumlichen) Dimensionen, welche als Zwischenkategorien zuvor durch kein EU-Programm Abdeckung erfuhren, wurden von Anfang an gezielt mitgedacht und in die Partnerschaftsvereinbarung integriert.<sup>26</sup>

#### Peripher Gelegene Gebiete „Inner Areas“

Das erste Programm fokussiert gezielt auf strukturschwache peripher gelegene Gebiete „Inner Areas“ die rund 60% des Staatsgebietes Italiens ausmachen, die durch einen Mangel an öffentlicher Versorgung, niedriger Bevölkerungsdichte, oft hohem seismischen Risiko und gleichzeitig einem Reichtum an natürlichen und kulturellen Ressourcen gekennzeichnet sind.

Die Strategie wurde zwischen Nationalstaat, Regionen, (Provinzen) und Gemeinden verhandelt und ein gemeinsamer operativer Rahmen zur Umsetzung geschaffen. Sie soll den territorialen Zielen der EU-Kohäsionspolitik gerecht werden, ländliche Gebiete in der Entwicklung ihrer lokalen Stärken unterstützen und zu einer Stabilisierung oder Umkehr der negativen Bevölkerungsentwicklung verhelfen, wodurch man die Dichotomie zwischen urbanen und ländlichen Gebieten zu überwinden sucht.

Das Programm wird in Koordination unterschiedlicher Ministerien und der Kommission über einen Multi-Fonds Ansatz (EFRE, ELER, ESF, nat. Förderung) unter Beteiligung der lokalen Akteure umgesetzt (ITI oder Mischachse). Durch eine Ebenenübergreifende Integration (multi-level-governance) wird versucht, eine unkoordinierte sektorale Förderung zu überwinden. Ausgewählte Regionen („Projektgebiete“), die



<sup>25</sup>Presidenza del Consiglio dei Ministri, Dipartimento per le politiche di Coesione (2017), Accordo di Partenariato 2014 – 2020 (genehmigte Version von Oktober 2017).

<sup>26</sup> [https://www.euromontana.org/wp-content/uploads/2016/10/Lucatelli\\_Terretorial-Cohesion-and-polycentrism\\_Inner-Areas.pdf](https://www.euromontana.org/wp-content/uploads/2016/10/Lucatelli_Terretorial-Cohesion-and-polycentrism_Inner-Areas.pdf)

der „Inner area“-Klassifizierung unterliegen, können Teil eines partizipativen Prozesses werden, an dessen Ende eine „local development strategy“ steht (place based approach). Lokale Stakeholder und lokale Strukturen & Potentiale sind immer Ausgangspunkt des Strategieprozesses. In den Projektgebieten werden Aktivitäten in Bereich öffentlicher Daseinsvorsorge („rights“) mit jew. ca. 4 Mio. € nationaler Förderung und Investitionen in lokale Entwicklungspotentiale („growth“) mit ca. 12 Mio. € EU-Förderung bedacht.

### **Metropolstädte (*Città Metropolitana*)**

Das nationale operationelle Programm "Citta 'Metropolitane"<sup>27</sup> (NOP Metropolitan Cities) ist Teil der italienischen nationalen Städteagenda und der nachhaltigen Stadtentwicklung. Das eigenständige operationelle Programm (OP) auf nationaler Ebene geht auf eine Gebietsreform ein, mit der im Jahr 2015 14 Metropolstädte mit eigener Kompetenz in der Raumplanung entstanden sind. Ziel ist es, in diesen Metropolräumen durch integrierte und kooperative Ansätze, die Qualität und Effizienz von städtischen Dienstleistungen und die soziale Integration für benachteiligte Bevölkerungsschichten zu verbessern. Dafür stehen 445 Mio € aus dem EFRE und 142 Mio € aus dem ESF zur Verfügung. ITI's kommen dabei dezidiert als Instrumente zur Stärkung der Metropolregionen und ihres Umlandes zur Anwendung.

### *4.5. Bulgarien*

Bulgarien besitzt sechs Operationelle Programme (OP), die alle auf nationaler Ebene verwaltet werden. Fünf Operationelle Programme bieten die thematische Grundlage einer sektoralen Förderung von Fachpolitiken, während mit dem OP „Regions in Growth“ eine spezifisch territoriale Ausrichtung jedoch ohne der Anwendung von ITI oder CLLD.

Bulgarien verfolgt in seiner Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik eine programmatisch stringente Verzahnung zwischen Raumordnung und der EU-Regionalpolitik. Beide Fachbereiche sind im gleichen Ministerium angesiedelt. Die räumliche Herausforderung Bulgariens besteht in der monozentrischen Ausrichtung auf Sofia sowie den sechs nachrangigen Städten, auf die hin die wesentliche wirtschaftliche und sozioökonomische Entwicklung ausgerichtet ist. Dies führt langfristig zu einem erstarkenden Ungleichgewicht in der räumlichen Entwicklung Bulgariens, welches sich durch eine stetige Abwanderung aus den schwächer entwickelten Regionen des Landes mit teils erheblichen Auswirkungen auf das demographische Gleichgewicht auswirkt.<sup>28</sup> Das nationale Raumentwicklungskonzept ist somit ein wesentliches Leitdokument bei der Erstellung der integrierten territorialen Entwicklungsstrategien innerhalb des Landes. Der Erarbeitung des Operationellen Programms „[Regions and Growth](#)“ lagen wesentliche Element der polyzentrischen Siedlungsentwicklung zugrunde.<sup>29</sup> Die Konzentration auf die polyzentrische Siedlungsentwicklung differenziert dabei zwischen unterschiedlichen Förderzielen von

---

<sup>27</sup> Dipartimento per lo Sviluppo e la Coesione Economica (2014), Programma Operativo Nazionale Città Metropolitane 2014 – 2020.

<sup>28</sup> National Centre for Regional Development Bulgaria (2012), National Concept for Spatial Development of Bulgaria for the Periode 2015 – 2025.

<sup>29</sup> Operational Programme "Regions for Growth" 2014- 2020 for Bulgaria, Sofia 2015.

Ober- Mittel- und Unterzentren. Dies soll den generellen Wandel weg von einer monozentrisch auf Sofia ausgerichteten Raumstruktur hin zu einer Stärkung des polyzentrischen Siedlungssystems unterstützen.

### Einfluss auf die Raumordnung

Im Fall von Bulgarien gibt es eine sehr enge Verschnidung zwischen den Dokumenten der Kohäsionspolitik und der Raumordnung, da ohne die EFRE Förderung kein Nationales Konzept zur räumlichen Entwicklung existieren würde. Das bulgarische NSDP wurde 2007 – 2013 als Teil der technischen Hilfe aus dem EFRE entwickelt und ist das erste seiner Art in Bulgarien.

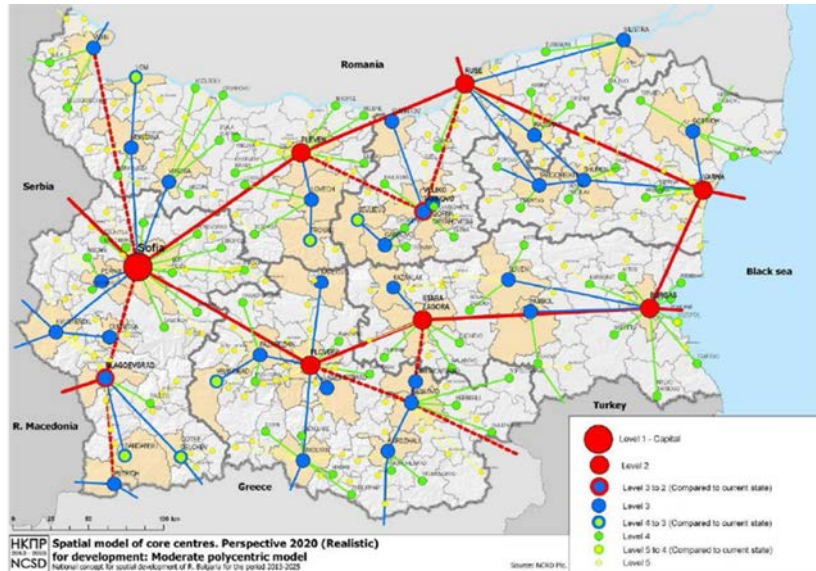


Abb. 11: Konzept zur polyzentrischen Siedlungsentwicklung. Quelle: National Spatial Development Concept Bulgaria

Das Entwicklungskonzept 2013 - 2025 ist das zentrale Rahmendokument für die Koordinierung sektoraler Politiken und dient als Grundlage für die Verwaltungsbehörden der Strukturfonds zur Auswahl von Städten im Rahmen der Regionalpolitik. Die Orientierung erfolgte an den Zielstellungen der TAEU2020 von der sechs nationale Zielstellungen abgeleitet wurden:

- Integration in den Europäischen Raum
- Polyzentrische Siedlungsentwicklung
- Räumlicher Zusammenhalt und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen
- Schutz des natürlichen und kulturellen Erbes
- Gesonderte Entwicklung von Gebietstypologien (Küstengebiete, Donauebene, Bergregionen etc.)
- Wettbewerbsfähigkeit von Regionen durch Wachstums- und Innovationskernen

Neben seinen Hauptaufgaben ist im NSDP festgeschrieben, dass dieser die Grundlage für die Erstellung der Operationellen Programme (in Koordinierung mit den OP für die Entwicklung des ländlichen Raumes) bilden soll.

### Praktische Beispiele Plovdiv und Pazardzhik Bulgarien

Anhand der Beispiele der integrierten städtischen Entwicklung von Plovdiv und Pazardzhik wird die unterschiedliche räumliche Entwicklungsstrategie deutlich:

**Plovdiv** und das Agglomerationsgebiet gehört zu den sechs Städten Bulgariens der zweiten Hierarchiestufe nach Sofia, mit industrieller Ansiedlung und nahezu Vollbeschäftigung, mit der inhaltlichen Ausrichtung auf eine Stärkung von Wachstumszentren (10 Städte als regionale Wachstumszentren sowie 29 Klein- und Mittelstädte zur Stärkung). Ziel ist die Stärkung von spezialisierten Dienstleistungen und Beschäftigungsmöglichkeiten im Agglomerationsraum. EFRE – ESF – Kohäsionsfonds sowie der EMFF wurden in dem gemeinsamen Konzept als Finanzierungsquelle gebündelt. Insgesamt stehen somit etwa 34,8 Mrd. € aus diesen vier Fonds zur Verfügung. Bereits in der vorherigen Förderperiode wurde mithilfe der Strukturfonds ein integriertes Stadtentwicklungskonzept (IPURD) erarbeitet, welches alle 39 Städte in Bulgarien adaptierten. In enger Abstimmung mit den Verwaltungsbehörden der laufenden Förderperiode wurden diese gleichermaßen mit dem laufenden Operationellen Programm abgestimmt und genehmigt. Mit der Umsetzung konnte jedoch erst 2016 begonnen werden, da es insbesondere an Erfahrung in der administrativen Abwicklung der städtischen Entwicklungsstrategie mangelte und die strenge Quotierung von Fördertatbeständen angeglichen werden musste.<sup>30</sup>

**Pazardzhik** ist in der städtischen Hierarchie Bulgariens auf Platz 15 und zählt somit zur dritten Ebene im polyzentrischen Siedlungsnetz. Die Förderung konzentriert sich auf die energieeffiziente Sanierung von Mehrfamilienhäusern, der Aufwertung des städtischen öffentlichen Raumes sowie der Errichtung sozialer Infrastrukturen und der Modernisierung der Bildungsinfrastruktur. Ebenso wie in Plovdiv basierte die Erstellung der städtischen Entwicklungsstrategie hauptsächlich auf der für Bulgarien konzipierten IPURD Strategie. In Abstimmung mit der nationalen Raumordnungsstrategie konnte die Erstellung der integrierten Strategie in Pazardzhik nur mithilfe der EU-Strukturförderung erarbeitet werden. Insgesamt stehen der Stadt 11,3 Mio. € aus allen fünf Fonds zur Verfügung. Aufgrund der komplexen Anforderungen für das Management als zwischengeschaltete Stelle konnten auch hier erst Mitte 2016 mit der Umsetzung der Strategie begonnen werden.<sup>31</sup>

#### 4.6. Rumänien

Rumänien verfügte zum Zeitpunkt der Untersuchung noch über kein nationales raumordnerisches Leitbild, eine Hierarchisierung oder Verschränkung beider Dokumente ist daher nicht gegeben. In der Partnerschaftsvereinbarung Rumäniens lassen sich jedoch eine Reihe an integrierten Ansätzen der Raumordnung (bzw. ortsbezogene Ansätze) finden, die im Wesentlichen verschiedene Zielstellungen der Territorialen Agenda widerspiegeln und wichtige Impulse für die Erstellung der Förderstrategien gesetzt haben. Die rumänische Partnerschaftsvereinbarung greift zwar die Zielstellungen der TAEU 2020 auf, nimmt aber keinen Bezug zu diesem Dokument<sup>32</sup>:

---

<sup>30</sup> European Commission, Integrated territorial and urban strategies: how are ESIF adding value in 2014-2020? Annex 4

<sup>31</sup> Ebd.

<sup>32</sup> Ministry for European Funds, Romanian Partnership Agreement for the 2014-2020 programming periode, March, 2014.

- Strategien für dünn besiedelte Gebiete (Donaudelta), Küstengebiete, Bergregionen sowie peripher gelegene ländliche Gebiete
- Rumänische Kommunen und Regionen als attraktive Orte zum Leben, Arbeiten und Freizeitgestaltung
- Unterstützung von Stadt-Land Kooperationen
- Unterstützung des städtischen Netzwerkes durch eine polyzentrische Siedlungsentwicklung mit einer territorialen Spezialisierung
- Verbesserung von Mobilität und Anbindung von Gebieten
- Sicherstellung der Daseinsgrundfunktionen sowie eine Chancengleichheit durch adäquaten Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse.

Die Verwaltung der EU-Regionalpolitik wird zentral durch das rumänische *Ministerium für Regionale Entwicklung, Öffentliche Administration und Europäische Fonds* gesteuert. Die acht Operationellen Programme Rumäniens sind dementsprechend auf nationaler Ebene angesiedelt. Die Anwendung von CLLD und ITI wirkt in Rumänien als Katalysator zum Entwurf und zur Umsetzung territorialer Entwicklungsansätze. Sowohl städtische als auch überörtliche Entwicklungsstrategien werden mit diesen Finanzierungsinstrumenten unterlegt, wie am folgenden Beispiel erläutert wird:

### **Großflächiges territoriales ITI im Sinne der flexiblen Geometrie für das Donaudelta**

Mit einer Gesamtfläche von 7.200 km<sup>2</sup> (entspricht etwa der Hälfte der Fläche von Thüringen) umfasst dieses Gebiet 38 Gemeinden und vier Kleinstädte. Die besondere Herausforderung für die Entwicklung des Donaudeltas ist die Initiierung eines positiven Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Wahrung der besonderen Ansprüche an das natürliche Erbe des Donaudeltas. Gleichzeitig ist die Region durch eine hohe Armut gekennzeichnet. Das durchschnittliche BIP/Kopf entspricht etwa 42% des EU-Durchschnitts. Entsprechend wurden die Investitionsprioritäten den Zielstellungen einer nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Tourismus, Infrastrukturen und Dienstleistungen, Erreichbarkeit von Märkten, Fachkräfteversorgung sowie dem Ausbau von Natur- und Kulturtourismus unterstellt. Die indikativen Mittel umfassen etwa 1 Mrd. €.

Angesichts einer stringenten top-down Planung gibt es ein Missverhältnis zwischen Strategie und förderfähigen Projekten, welches zu wesentlichen Verzögerungen und einem bislang geringen Mittelabfluss führt. Interessant ist aber insbesondere die koordinierende Zusammenarbeit verschiedener Akteure, die es bis dahin in diesem Maße für dieses neu definierte funktionale Gebiet nicht gab. Die Gesamtkoordinierung wird durch das nationale Ministerium für Regionale Entwicklung geleistet. Für die Verwaltung, das Management, die Koordination der Verwaltungsbehörden und die Projektauswahl wurde ein spezifisches Gremium aus den verschiedenen Fonds errichtet. Mit Hilfe der EU-Regionalpolitik konnte erstmals ein gesamtstrategischer integrierter Entwicklungsansatz für das gesamte Donaudelta entworfen werden. Schwierigkeiten bereitet jedoch vor allem die Umsetzung und Abwicklung von Projekten innerhalb der Gesamtstrategie.



#### 4.7. Tschechien / Polen – Zentrale Entscheidung „verpflichtender“ ITI

Die Entscheidung über die Anwendung von ITI, CLLD, einer multithematischen Prioritätsachse oder eines spezifischen operationellen Programms für territoriale Ansätze wird früh getroffen und muss bereits in den Partnerschaftsvereinbarungen integriert sein. In Ländern, wie Polen und der Tschechischen Republik, in der die Kompetenz für Raumordnung und Regionalentwicklung einen wesentlich höheren Kompetenzschnitt unterliegt und in beiden Fällen im gleichen Ministerium angesiedelt ist, erfolgte die Entscheidung über den Einsatz von ITI weitestgehend durch die Zentralregierung. Die programmatische Grundlage orientierte sich in Polen eng am 2012 verabschiedeten nationalen Raumentwicklungskonzept Polens<sup>33</sup> und nimmt gleichermaßen in der polnischen Partnerschaftsvereinbarung einen breiten Raum ein<sup>34</sup>. Die konnte dadurch gewährleistet werden, dass die Erstellung des polnischen nationalen Raumentwicklungskonzeptes in einen umfangreichen Beteiligungsprozess eingebettet wurde, an dem auch die für die Kohäsionspolitik zuständigen Fachabteilungen aus dem Ministerium für Regionalentwicklung teilgenommen haben<sup>35</sup>.

Die Definition der 16 polnischen ITI um die Hauptstädte der Wojewodschaften unterlag einem hoch politisierten Prozess<sup>36</sup> und lässt eine Zielrichtung des nationalen Raumordnungskonzeptes, welches die Stärkung funktionaler Gebiete um die Metropolregionen langfristig aufbauen möchte, wiedererkennen. Da bislang wenig Erfahrung in der Umsetzung integrierter, räumlicher Ansätze in beiden Ländern vorlag sollte mithilfe der ITI neue Impulse gesetzt werden, um innovative raumbezogene und fachlich integrierte Umsetzungsstrategien zu nutzen. Gleiches gilt für die Tschechische Republik. Konzeptionell sind beide Politiken eng miteinander verwoben, was aber auch ein Stück weit an den rechtlichen Vorgaben der Strategieerstellung aus den EU-Rechtstexten formal vorgegeben ist.

Eine pragmatische Vorgabe von nationaler und regionaler Ebene hat sicherlich den Vorteil, dass räumliche Instrumente zur Anwendung kommen konnten, dass parallele Politiken konzeptionell mit einander verschränkt wurden und im Sinne einer flexiblen Verwaltungsgeometrie funktionale Strategien aufgesetzt werden konnten. Andererseits stehen diese im Widerspruch zu ortsbezogenen Ansätzen. Aus einigen aktuellen Untersuchungen der ITI in Polen und Tschechien<sup>37</sup> geht hervor, dass diese positiven konzeptionellen Impulse in Tschechien und Polen dahingehend eingeschränkt werden, dass die Förderung durch die stringenten top-down vorgaben teilweise an den Bedürfnissen lokalen Kommunen vorbeigehen. Dies ist zum einen durch die strengen thematischen Vorgaben aus den Operationellen Programmen abzuleiten (die gleiche Problematik findet sich u.a. auch in Deutschland wieder), als auch der strikten Vorgaben durch die Regionale und nationale politische Ebene.

---

<sup>33</sup> Polish Ministry for Regional Development (2012), National Spatial Development Concept 2030.

<sup>34</sup> Polish Ministry of Infrastructure and Development, Financial Perspective 2014 – 2020, Partnership agreement (Version von August 2017).

<sup>35</sup> Information auf Basis eines Interviews mit einem Mitarbeiter des polnischen Ministeriums für Regionalentwicklung von Februar 2018.

<sup>36</sup> Saraceno, Pier Paolo (2016), The Integrated Territorial Investment (ITI) as a tool for governing the rural-urban linkages: Evidence from Poland.

<sup>37</sup> Ebd.; vgl. auch: European Commission, Integrated territorial and urban strategies: how are ESIF adding value in 2014-2020? Annex 4.

### **Praxisbeispiel: Großflächiges ITI in Ústí nad Labem-Chomutov**

Ein Beispiel für den Einsatz eines solchen ITI für einen überörtlichen Ansatz zur territorialen Entwicklung in Tschechien stellt hierbei die integrierte Strategie von Ústí nad Labem-Chomutov (ÚCA ITI) dar. Das Gebiet umfasst die eine großflächige Agglomeration von Ústí nad Labem und Chomutov als polyzentrisches hochgradig urbanisiertes Ballungsgebiet mit 5 Statutarstädte (Děčín, Chomutov, Most, Teplice und Ústí nad Labem) und weiteren 70 Städte und Gemeinden sowie ihres (ländlichen) funktionalen Hinterlandes im nordwestlichen Grenzgebiet der Tschechischen Republik (1542,9 km<sup>2</sup>, ca. 500.000 Einwohnern).

Das ÚCA ITI wurde in zwei aufeinanderfolgenden Schritten erstellt. In einem ersten Schritt wurde das Gebiet auf der Grundlage von zwei quantitativen Indikatoren definiert (Bevölkerungsdichte und Suburbanisierungszone). Im zweiten Schritt wurden Gemeinden und Städte auf der Grundlage qualitativer Faktoren (Vorhandensein von Tagebauen oder Deponien, Industriezonen oder bedeutenden Unternehmen) in die Agglomeration integriert. Die Strategie war eine klare Anforderung der zentralen Ebene und Ausdruck des politischen Willens und des Ziels lokaler Regierungen, lokale Bedürfnisse zu adressieren. Die Agglomeration war zuvor noch nie institutionalisiert worden. Dennoch ist das IS ÚCA ITI an bereits bestehende regionale und lokale Strategien geknüpft.

Der Prozess der Strategieentwicklung erfolgte unter Einbindung sowohl vom Ministerium für Regionale Entwicklung (Nationale Koordinierungsbehörde) als auch von den Verwaltungsbehörden und Lenkungsgruppen der operationellen Programme. Abgeordneten der lokalen Regierungen sind ebenfalls in der Lenkungsgruppe und den Arbeitsgruppen beteiligt.

Die gesamte ESI-Fonds-Finanzierung umfasst ca. 75 Mio. Euro, was für ein derart großes Gebiet und der Vielzahl an Gemeinden verhältnismäßig gering ist und entsprechend eine geringe Hebelwirkung entfalten kann. CLLD und ITI als Hauptinstrumente der territorialen Dimension der ESI-Fonds-Unterstützung koexistieren in dem Gebiet ohne formelle Verknüpfungen.

Die Strategieprioritäten wurden auf der Grundlage der sozioökonomischen Analyse ausgewählt und auch stark von den spezifischen Zielen der für ITI in der Tschechischen Republik bestimmten operationellen Programme beeinflusst. Eine Mehrheit der Elemente des IS ÚCA ITI hat jedoch nicht so funktioniert wie erwartet. Das ITI verfügt nicht über ein angemessenes Budget und die Strategieprioritäten müssten strenger in einem Bottom-up-Prozess ausgewählt werden. Die Bearbeitung systemischer und integrierter Projekte erfordert zudem eine langfristige Planung (länger als ein Programmplanungszeitraum der ESI-Fonds). Jedoch wurde in den neuen Mitgliedstaaten erst begonnen, entsprechende Verwaltungsstrukturen und Strategien auf nationaler und regionaler Ebene zu erstellen. Dennoch ist anzumerken, dass das ITI die Partnerschaft zwischen den beteiligten Gemeinden sowie die Zusammenarbeit zwischen den größten Städten / Ballungsräumen in der Tschechischen Republik erheblich angeregt und vertieft hat.

## 5. Fazit und Schlussfolgerungen

Die Wirkung der EU-Regionalpolitik zur Unterstützung der Raumentwicklung sowie der Territorialen Agenda besitzt erwartungsgemäß in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten eine heterogene Hebelwirkung, bietet jedoch zunehmend Potentiale, Impulse für ortsbezogene integrierte Ansätze und Strategien zu setzen, neue Formen der administrativen Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg zu initiieren sowie Arbeitsprozesse anzupassen. Die größte Herausforderung besteht nach wie vor in der Dichotomie einer sektoralen und integrierter Förderphilosophie die sich durch alle Ebene (EU- national- regional und kommunal) durchzieht. Im Folgenden werden Schlussfolgerungen gezogen welche Bedeutung die Regionalpolitik für die Stärkung der TAEU spielt:

### **Finanzielle Hebelwirkungen:**

- Die Wirkung der EU-Regionalpolitik entfaltet innerhalb der unterschiedlichen Mitgliedstaaten diversifizierte Hebelwirkung. Die baltischen und osteuropäischen Staaten, sind zwar relativ zum BIP die größten Empfängerländer, seit der letzten der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 / 2009 hat sich deren Bedeutung als Förder- bzw. Finanzierungsinstrument leicht verschoben und die EU-Regionalpolitik gewann für die Ausgaben an öffentlicher Infrastruktur der südeuropäischen Staaten an Bedeutung. Diese Verschiebung wird anhand der Vorschläge für des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens deutlich. Darin sind Kürzungen insbesondere in den Neuen EU-Mitgliedstaaten vorgesehen, während die südeuropäischen Staaten mehr Mittel zugesprochen werden sollen.
- In Ländern wie den Niederlanden oder Österreich, in denen die Strukturfonds einen verhältnismäßig geringen Anteil am BIP sowie den nationalen Budgets z.B. an öffentlichen Ausgaben haben werden weitestgehend pragmatische Ansätze genutzt, die auf bestehenden Strukturen und Erfahrungen aufbauen und mit EU-Förderung angereichert werden. Die strategischen Ansätze sind weitestgehend vorhanden (siehe Österreich), können oftmals erst mittels EU-Förderung nun zur Anwendung kommen und Impulse übernehmen.

### **Rechtliche Erweiterung des Instrumentariums:**

Einen wichtigen Impuls, welche an Bedeutung für die TAEU gewonnen hat, brachte die Erweiterung der EU-Fondsverordnungen.

- Aufgrund der erweiterten Optionen der Fondsverordnungen konnten ortsbezogene Ansätze in der laufenden EU-Förderperiode wesentlich über eine „reine städtische Dimension“ erweitert werden. Dies kann im Sinne von Stadt-Regionalen Förderansätzen, großflächiger Strategien (Metropolregionen) in denen einzelne Maßnahmen miteinander in einem Gesamtkonzept gebündelt werden oder überörtliche Strategien, in denen integrierte Stadtentwicklungsansätze einzelner Städte miteinander ins Verhältnis gesetzt wurden (z.B. zur Stärkung polyzentrischen Siedlungsentwicklung) erfolgen.
- Ebenso können für einzelne Gebietstypologien wie Bergregionen, Küstengebiete, Agglomerationsräume und Metropolregionen entsprechende Strategien erstellt werden. Damit



wurde rechtlich und konzeptionell eine Basis geschaffen, in dem die Zielstellung eines räumlichen bzw. territorialen Ausgleichs, eine ausgewogene Siedlungsentwicklung und die Herstellung einer geographischen Chancengleichheit potentiell ermöglicht.

- Diese Art der Strategieerstellung, die in der vergangenen Förderperiode eher punktuell oder pilothaft angewandt wurde, konnte mit Hilfe der Fondsverordnungen und den darin gegebenen Instrumenten der verpflichtenden Quotierung weiter in die Fläche getragen werden.
- Während die „alten“ EU-Mitgliedstaaten bereits existierende Strategien angepasst und eher pragmatisch umgesetzt haben, führten die Vorgaben insbesondere in den Osteuropäischen Staaten zu neuen Formen der Zusammenarbeit der Programmverwaltenden Behörden sowie zu einer engeren Verzahnung von nationalen Dokumenten wie der Partnerschaftvereinbarung und der nationalen Raumordnungskonzepten in Ländern (wie in Polen oder Bulgarien dargestellt).
- Eine ausgleichende räumliche Wirkung durch eine Verbindung der Kohäsionspolitik und der Raumordnung ist daher möglich – birgt aber noch weitere Potentiale. Es hängt jedoch stark von der jeweiligen Tradition der Kooperation ab und geht teilweise auf politische Einzelentscheidungen (wo wie gefördert wird) zurück.
- Der Verweis auf die Territoriale Agenda und deren Zielstellungen in den untersuchten Partnerschaftvereinbarungen oder Operationellen Programmen eher eine Ausnahme. Inhaltlich sind deren Zielstellungen jedoch im Wesentlichen aufgegriffen. Abhängig ist dies von den Vorgaben der thematischen Förderziele, wie sie in der allgemeinen Verordnung festgelegt wurden. Obwohl die Regionalpolitik insbesondere im Bereich einer verbesserten Strategieerstellung wirkte, muss konstatiert werden, dass durch die strengen Quotierungen und thematisch inflexible Programmierung die Förderung für integrierte und ortsbezogene Herausforderungen nicht selten entweder am Bedarf vorbeigeht oder wirklich integrierte Maßnahmen effektiv verhindert.
- Einengende Vorgaben durch einen strikten Top-Down Ansatz, sei es von EU-Ebene oder der nationalen Ebene verhindert oftmals eine effektive Mittelallokation, da durch mangelnde Abstimmung Schwierigkeiten in der Programmumsetzung auftreten können.
- Die neuen Förderinstrumente ITI und CLLD greifen nicht per sé ortsbezogene räumliche ausgleichende Ansätze auf. Oftmals werden diese Instrumente genutzt um Regionalentwicklung im Sinne einer sektoralen Förderung weiterzuführen und auf Leuchtturmprojekt abzielen, anstatt auf einen territorialen Ausgleich.
- Die hohen administrativen Anforderungen können an die Strategieerstellung und Umsetzung räumlicher Förderinstrumente wie ITI und CLLD letztlich auch einen inhärente Hemmnisfaktor darstellen, die zwar zu einer komplexen Strategie führen, aber enorme Schwierigkeiten bei der Förderung daraus abzuleitenden Projekten führen.

### **Auswirkung der Koordination und Arbeitsprozesse in den Mitgliedstaaten**

- Innerhalb der EU-Mitgliedstaaten treten heterogene Koordinationsmechanismen zwischen der Raumordnung sowie der EU-Regionalpolitik auf. So gibt es teilweise institutionalisierte Koordinationsgremien (Tschechien), der Grad der Kooperation reicht von einer sehr engen

Zusammenarbeit (Österreich) bis hin zu einer „nicht-Kooperation“ (Niederlande oder Flandern).

- Es kann aber generell für alle Mitgliedstaaten konstatiert werden, dass die EU-Regionalpolitik in unterschiedlichen Verwaltungsebenen (u.a. durch die Verknüpfungsmöglichkeiten der verschiedenen Fonds) aber insbesondere auf subregionaler Ebene zu neuen Kooperationsformen (durch stadtrregionale Förderstrategien, Zusammenarbeit verschiedener fondsverwaltender Behörden) geführt haben und Impulse für die Koordinierung einzelner Sektorpolitiken leisten kann. So wurden in Mitgliedstaaten oftmals verschiedene neue administrative Einheiten geschaffen (Tschechien, Rumänien, Polen) sowie bereits vorhandene stadtrregionale Verwaltungsstrukturen gestärkt (Frankreich, Österreich).
- Eine große Herausforderung besteht in der Koordination von unterschiedlichen Fachressorts. Eine gemeinsame Verankerung von Raumordnung und Regionalpolitik im gleichen Ministerium muss nicht zwangsläufig zu einer stärkeren Verankerung der räumlichen Zielstellungen in den Operationellen Programmen der Regionalpolitik führen.
- Die Anwendung von räumlichen Instrumenten ist oftmals auch auf die Entscheidung von Einzelpersonen (politische Entscheidung auf nationaler oder regionaler Ebene) zurückzuführen.

Limitierung	
Positive Auswirkung	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Hilfe beim Aufbau räumlicher Planungsstrukturen (z.B. neues nationales Raumordnungskonzept in Bulgarien)</li> <li>• Stärkung des integrierten und ortsbezogenen Entwicklungsansatzes durch neue Förderinstrumente</li> <li>• Zielgerichtete Förderung überörtlicher Strategieansätze besonders effizient, wenn diese in überörtliche Planungskonzepte integriert sind – diese bedürfen jedoch einer längeren Vorbereitung. Für langfristige Planungsvorhaben kann eine EU-Förderperiode zu kurz sein.</li> <li>• EU-Regionalpolitik setzt positive Kooperationsimpulse unterschiedlicher Fachressorts (aber große Unterschiede in den EU-Mitgliedstaaten)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einige Länder weisen noch immer unzureichende Planungssysteme auf in Kombination mit dem Druck durch thematische Quotierungen und zeitliche Vorgaben zum Mittelabruf könnten somit die Gefahr einer Fehlallokation und Fehlplanung von Infrastrukturen hervorrufen.</li> <li>• Stringente Regelungen zur Anwendung territorialer Instrumente setzten zwar eine notwendige verpflichtende Basis zu deren Implementierung, führen aber zu Fehlallokationen (siehe Rumänien, Tschechien) wenn klare thematische top-down Vorgaben nicht durch entsprechende lokale Projekte generieren können, da diese den örtlichen Bedürfnissen nicht zwangsläufig entsprechen</li> </ul>

## 6. Literaturverzeichnis

- Artmann, J., Huttenloher, C., Kawka, R., & Scholze, J. (2012). Partnerships for Sustainable Rural-Urban Development. Existing Evidences. Federal Institute for Research on Building, Urban Affairs and Spatial Development.
- Barca, Fabrizio (2009), An Agenda for a reformed Cohesion Policy – A place-based approach to meeting European Union challenges and expectations.
- Europäische Kommission (2017), Integrated territorial and urban strategies: how are ESIF adding value in 2014 – 2020?
- Europäische Kommission (2017), Meine Region, mein Europa, unsere Zukunft – Siebter Kohäsionsbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt.
- Europäische Kommission, Verordnung (EU) N. 1299/2013.
- Europäische Kommission, Verordnung (EU) N. 1303/2013.
- European Commission, Integrated territorial and urban strategies: how are ESIF adding value in 2014-2020? Annex 4.
- Landesregierung Oberösterreich (2017), Verordnung Nr. 21, Landesraumordnungsprogramm für Oberösterreich
- Ministry for European Funds, Romanian Partnership Agreement for the 2014-2020 programming periode, March, 2014.
- Morvan Serge, France Territoires (2018), Un engagement aux service des dynamiques territoriales.
- National Centre for Regional Development Bulgaria (2012), National Concept for Spatial Development of Bulgaria for the Periode 2015 – 2025.
- Operational Programme “Regions for Growth” 2014- 2020 for Bulgaria, Sofia 2015
- Partnerschaftsovereenkomst Nederland 2014 – 2020, Version 7. August 2014
- Polish Ministry for Regional Development (2012), National Spatial Development Concept 2030
- Polish Ministry of Infrastructure and Development, Financial Perspective 2014 – 2020, Partershipagreement (Version von August 2017).
- Presidenza del Consiglio dei Ministri, Dipartimento per le politiche di Coesione (2017), Accordo di Partenario 2014 – 2020
- Programma Operativo Nazionale Città Metropolitane 2014-2020.
- Saraceno, Pier Paolo (2016), The Integrated Territorial Investment (ITI) as a tool for governing the rural-urban linkages: Evidence from Poland.
- Scholze, Jonas (2014). The possibilities of using EU structural funds for the development of urban – rural partnership in the 2014 – 2020 funding period.